

2010/355
öffentlich

Tischvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Rat der Stadt	04.11.2010	

Betreff

Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen vom 2. November 2010;
Resolution zu den Kürzungen der Städtebauförderung

Beschlussvorschlag

Siehe Antragstext.

Daniel Molloisch
Fraktionsvorsitzender

Dr. Bert Wagener
Fraktionsvorsitzender

Sachverhalt

SPD-Ratsfraktion

Vorsitzender
Daniel Molloisch
Europaplatz 1
Rathaus, Zimmer 147
44575 Castrop-Rauxel
(02305) 3 30 13
(02305) 106-2206
Fax (02305) 1 26 92
fraktion@spd-castrop-rauxel.de
www.spd-fraktion-castrop-rauxel.de

Grüne-Ratsfraktion

Vorsitzender
Bert Wagener
Lambertusplatz 1
44575 Castrop-Rauxel
(02305) 86893

bert.wagener@gruene-castrop-rauxel.de

An den
Bürgermeister der Stadt Castrop-Rauxel
Herrn Johannes Beisenherz
Europaplatz 1, 44575 Castrop-Rauxel

02.11.2010

Sehr geehrter Herr Beisenherz,

wir bitten Sie folgende Resolution im nächsten Rat behandeln zu lassen:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel fordert die Bundesregierung auf, die geplanten Kürzungen der Städtebauförderung zurückzunehmen und zumindest auf dem Niveau des Jahres 2010 beizubehalten. Die Stadt Castrop-Rauxel ist auf Planungs- und Investitionssicherheit angewiesen und darf bei der Bewältigung ihrer Probleme nicht alleine gelassen werden.

Der Bund darf seine Anstrengungen zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels, der sozialen Integration und der nachhaltigen regionalen Wirtschaftsentwicklung nicht zurückfahren.

Begründung:

Die beabsichtigte Kürzung der Städtebauförderung des Bundes hat immense Auswirkungen auf die Stadt- und Regionalentwicklung des Ruhrgebiets:

1. Die erarbeiteten Konzepte und Programme der nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung verlangen nach Kontinuität und verlässlichen Finanzierungskorridoren. Sie sind in ihrer Struktur langfristig ausgelegt (mind. 7 bis 10 Jahre). Viele der komplexen Projekte sind bis

zu ihrer Umsetzung oder Verstetigung längerfristig zu unterstützen.

2. Mit der geplanten Kürzung könnten in den nächsten Jahren keine neuen Maßnahmen im Ruhrgebiet mehr angestoßen werden, geplante bzw. laufende Maßnahmen müssten zeitlich gestreckt bzw. schlimmstenfalls sogar ganz aufgegeben werden. Die drastische Kürzung steht Kontinuität und Verlässlichkeit entgegen.
3. Die Städtebauförderung löst mit ihrem gezielten und gebündelten Mitteleinsatz ein Vielfaches an Folgeinvestitionen aus. Gesamtwirtschaftlich wirkt sich dies insbesondere auf die lokalen und regionalen Wirtschaftsbetriebe aus. Die Kürzung der Städtebauförderung würde zu einer Verschlechterung des Wirtschaftsstandortes Ruhrgebiet, zu höherer Arbeitslosigkeit, verbunden mit sinkender Kaufkraft und weiteren negativen Auswirkungen auf den lokalen Handel und die Innenstädte führen. Gerade diese profitieren sehr von den bisherigen Erneuerungsprogrammen des Bundes. Ohne Anpassung der Innenstädte an die aktuellen Bedürfnisse der Kunden und der Gewerbetreibenden fallen diese weiter hinter die Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ zurück.
4. **Die Reduzierung der Finanzmittel des Bundes, vor allem im Rahmen des Programms Soziale Stadt, würde die bestehende sozialräumliche Polarisierung in Castrop-Rauxel und insbesondere im Ortsteil Habinghorst weiter verschärfen.** Im Zusammenhang mit den Aktivitäten in der Sozialen Stadt werden stadtteilbezogen Ressourcen und Politikfelder gebündelt sowie private und zivilgesellschaftliche Akteure mobilisiert. Bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt und Demokratie werden gestärkt und die soziale Integration so gefördert. Viele der bürgerschaftlich oder ehrenamtlich getragenen Strukturen können nur mit weiterer finanzieller Unterstützung aus der Städtebauförderung verstetigt werden. Im Falle der Kürzung müsste eine Vielzahl der Aktivitäten und Projekte mitten im Prozess eingestellt werden.
5. Stadtquartiere, die durch städtebauliche Mängel, hohe Leerstandszahlen, einseitige Sozialstrukturen sowie durch ein dauerhaftes Überangebot von baulichen Anlagen geprägt sind, sind weiterhin auf die Unterstützung aus dem Programm Stadtumbau West angewiesen. Die geplante Kürzung würde sich hier sehr negativ auf die weitere Stabilisierung und Entwicklung dieser Quartiere auswirken. Dies bezieht sich auch auf die Herausforderungen des demografischen Wandels. Die Schaffung eines ausgewogenen und stabilen Wohnungsmarktes unter Einbeziehung einer alters- und familiengerechten Quartiersentwicklung muss auch im regionalen Kontext betrachtet werden. Ohne die Finanzhilfen des Bundes und die Anstoßwirkung der Städtebauförderung ist der auf dem Wohnungs- und Immobilienmarkt vorhandene Nachholbedarf nicht zu bewältigen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Daniel Molloisch
SPD Ratsfraktion

gez. Bert Wagener
Grüne Ratsfraktion